Mohssen Massarrat

# Alternativen zum UN-Unsicherheitsrat

## Dezentralisierung und Sicherheitspolitik am Beispiel Mittlerer und Naher Osten

### Globale Chaosstrukturen

Die gegenwärtige Weltordnung ist eine durch eine einzige Weltmacht, eben den Vereinigten Staaten von Amerika, dominierte unilateralistische Weltordnung. Die Vereinigten Staaten sind mit Abstand die größte militärische Macht. Sie verfügen über 1.37 Mio. Soldaten, sie besitzen mit 4000 Kampfflugzeugen modernster Art die größte Luftflotte und sind mit 130 Kriegsschiffen, darunter 12 Flugzeugträgern, 76 U-Booten, die stärkste Seemacht und sind auch mit über 10'000 Atomsprengköpfen samt allen erforderlichen Trägersystemen – genug, um den Planeten mehrfach zu zerstören – die größte Atommacht der Welt. Hinzu kommen ca. 800 US-Militärstützpunkte in der ganzen Welt. Die USA sind in der Lage, innerhalb von wenigen Wochen jedes Land der Erde, mit Ausnahme der fünf großen Atomstaaten, aus der Luft zu zerstören und den ihnen nicht genehmen Staat physisch zu vernichten. Die überwältigende Mehrheit aller Staaten ist direkt oder indirekt militärisch von den USA abhängig. Nicht abhängig sind lediglich nur wenige Länder, darunter vor allem Russland und China, einschließlich der mit den letztgenannten verbündeten Staaten wie Nordkorea, Vietnam, Birma, ferner Kuba, Südafrika, Iran, Syrien, Venezuela und einige andere Staaten.

Selbst ökonomische Riesen wie Japan, Deutschland und die EU als Ganzes sind angesichts der atomaren und konventionellen Überlegenheit Russlands in Europa immer noch unter dem militärischen Schutzschirm der Vereinigten Staaten, die gegenwärtig dabei sind, diese Abhängigkeiten durch die Stationierung von Weltraumwaffen auf das Niveau und den Umfang während des Kalten Krieges zurückzubringen. Denn Russland, das sich zu allererst als der eigentliche Adressat des neuen Waffensystems ansieht, wird dazu gedrängt, als Gegenmaßnahme zur Stationierung der Basisstationen in Polen und in der Tschechei, die bestehenden Verträge aufzukündigen und damit die Bedrohungsängste aus der Kalten-Kriegs-Ära in Old Europe zu revitalisieren. Dazu gehört aktuell der KSE-Vertrag, der Obergrenzen für konventionelle Waffensysteme regelt, aber auch andere Raketensysteme begrenzende Verträge. Putin hat, um Europas Sicherheitspolitiker aufzuschrecken und sie auf die ernste Gefahr eines neuen Wettrüstens durch die US-Weltraumwaffen aufmerksam zu machen, sogar damit gedroht, ihre mit atomaren Sprengköpfen bestückten Raketen wieder auf die alten Ziele in Europa zu richten. Damit würden die USA möglicherweise genau das erreichen, was sie mit der Stationierung der Welt-

raumwaffen eigentlich beabsichtigen: reale Bedrohung Westeuropas, Japans und anderer US-Verbündeter durch Russland, ein erneutes Wettrüsten und Stärkung bestehender militärischer Abhängigkeiten der EU von den USA und schließlich auch die Wiederbelebung der NATO, der nach dem Zusammenbruch der Sowjet Union und der Warschauer Paktstaaten, der Feind und die Legitimation abhanden gekommen war.

Die Vereinigten Staaten dominieren weiterhin die UNO und sind in der Lage, den UN-Sicherheitsrat, das Herzstück der UNO, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, wie wir es in den neunziger Jahren bei diversen Jugoslawienkriegen und im laufenden Jahrzehnt im Zusammenhang mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak gesehen haben. Desgleichen stellen wir auch im Atomkonflikt mit dem Iran fest. Hinzu kommt die Dominanz der Vereinigten Staaten in allen entscheidenden globalen Institutionen, vor allen im IWF, die ihnen helfen, in einer Zweckallianz mit allen anderen westlichen Industriestaaten, den Verlauf und die Richtung der ökonomischen Globalisierung im eigenen nationalen Interesse zu bestimmen. Überdies verfügen die USA mit Dollar über eine bisher allgemein akzeptierte Leitwährung, die sie in die einmalige Position versetzt, die für die Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen ihrer Ökonomie nötigen Kapitalsummen praktisch umsonst, d. h. ohne Gegenleistung irgendwelcher Art und auf Kosten des Rests der Welt, durch Kapitalzufluss zu finanzieren und auf diese Weise das Wohlstandsniveau der US-Amerikaner zu halten oder gar durch einen auf Pump beruhenden Import von Konsumgütern zu erhöhen, ohne selbst dafür, wie in allen anderen modernen Staaten mit einer jährlichen Sparrate zwischen 8 – 12 Prozent üblich, sparen zu müssen.[1]

Die oben skizzierte unilaterale Weltordnung ist höchst instabil und hätte im Falle eines Zusammenbruchs erhebliche Konsequenzen zum Schaden der gesamten Menschheit, letztlich auch zum Schaden mittel- und langfristiger Interessen der Amerikaner selbst. Dennoch dominieren innerhalb der US-Elite politische Kräfte, die der Auffassung sind, die gegenwärtige Hegemonialposition und den weiteren Fluss von Hegemonialrenten notfalls sogar mit militärischer Gewalt und Kriegen verteidigen zu müssen, selbst wenn daraus Zerstörung, Chaos und Terrorismus herauswachsen sollten.[2] Die US-Neokonservativen mit besten Verbindungen zum Militärindustriellen Komplex, zu den Ölkonzernen, zur Wall Street und zu den fundamentalistischen Evangelikalen, fühlen sich – allen voran Dick Cheney und George W. Bush - offenbar geradezu "von Gott" berufen, diese Rolle zu übernehmen. Dazu scheuen sie nicht vor einem neuen Krieg zurück und sind bereit, Iran in einer militärischen Allianz mit Israel durch flächendeckende Bombardements anzugreifen. Sie glauben, durch einen gewaltsamen Regimewechsel im Iran – richtiger: durch die Zerstörung des iranischen Zentralstaates und die Aufteilung des Landes in dezentral und ethnisch dominierte Teile – ihre „Mission" der Schaffung eines vollständig US-kontrollierten Greater Middle East vollenden zu müssen.[3]

## Eine andere, eine pluralistische Weltordnung?

Die unvorstellbare Machtfülle der Vereinigten Staaten und die materiellen, strukturellen und institutionellen Kapazitäten, sie zu erhalten, kann zu der durchaus begründeten Auffassung verleiten, Reformen der UNO und anderer globaler Institutionen zum Abbau der unilateralen US-Dominanz seien nahezu unmöglich und die Menschheit sei so auch dazu verdammt, sie hinzunehmen, jedenfalls bis das System von sich aus auseinanderbricht. Fest steht jedenfalls, dass der UN-Sicherheitsrat als das völkerrechtlich legitimierte entscheidende Machtinstrument der fünf Atommächte, der bisher im wesentlichen durch die USA systematisch instrumentalisiert werden konnte, in seiner gegenwärtigen Funktion tatsächlich unverändert bleiben würde, und zwar für alle Ewigkeit. Selbst wenn die anderen vier Atomstaaten Russland, China, Großbritannien und Frankreich bereit wären, ihr Vetorecht auf dem Altar einer pluralistischen Weltordnung zu opfern, könnten die Vereinigten Staaten eine – nur theoretisch denkbare – Abschaffung des Veto-Privilegs der fünf Atommächte durch das eigene Veto blockieren. Es gibt auch dafür keinerlei Anzeichen, dass die politische Klasse der Vereinigten Staaten von sich aus bereit wäre, ein Privileg freiwillig aufzugeben, das einzig diesem Staat die historisch einmalige Macht verleiht, in Verbindung mit dem Dollar als internationaler Währung Jahr für Jahr Hegemonialrenten im Umfang von mehreren tausend Milliarden Dollar aus der ganzen Welt in den Akkumulationskreislauf der US-Ökonomie einzuschleusen.

Folgte man dieser Einschätzung, dann wären alle Versuche reine Zeitverschwendung, die Multilateralisierung, Pluralisierung und schließlich auch Demokratisierung internationaler Beziehungen durch bestehende globale Institutionen selbst in Gang bringen zu wollen. Alle Anstrengungen müssten vielmehr und folglich überall in der Welt darauf gerichtet werden, Schritt für Schritt dezentrale und regionale Kooperationsstrukturen aufzubauen und damit die entscheidenden transnationale Politikfunktionen von der global zentralisierten UN-Ebene auf die regional-dezentralisierte Ebene zu holen, um auf diese Weise alle zentralen Politikfunktionen und Instrumente, die demokratisch nicht kontrollierbar sind, de facto überflüssig zu machen. Dies gilt vor allem für den UN-Sicherheitsrat, der offensichtlich nur dann aus den Fängen der Atommächte und vor allem der USA befreit werden könnte, wenn alle Regionen der Welt selbst die erforderlichen Fähigkeiten erlangten, um die eigenen Konflikte erfolgreich selbst zu regeln, anstatt dadurch dem UN-Sicherheitsrat den Vorwand dafür zu liefern, dass die selbsternannte Weltpolizei sich berufen fühlt, Streitigkeiten in anderen Weltteilen für eigene Zwecke zu missbrauchen.

Ähnlich wie der UN-Sicherheitsrat können auch andere globale Macht- und Entscheidungszentren, die, wie das IWF, in der Hand der Vereinigten Staaten sind, nur durch die faktische Verlagerung ihrer Nutzfunktionen auf

der Opfer als Folge hegemonial-imperialistischer Interventionen sowie der Gefahren, die sich daraus für den Weltfrieden ergeben, besondere Aufmerksamkeit der Wissenschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft, um trotz aller Hindernisse einen Prozess der Dezentralisierung und Regionalisierung in Gang setzen zu können.

## Dezentralisierung der Sicherheitspolitik am Beispiel der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten" (KSZMNO)

Der Mittlere und Nahe Osten ist in mehrfacher Hinsicht die konfliktträchtigste Region der Welt. Der Israel-Palästina-Konflikt hat sich zu einem Konflikt der gesamten Region ausgeweitet. Angesichts der gigantischen Öl- und Gasreserven erlangte diese Region auch im Hegemonialsystem der Vereinigten Staaten eine strategische Schlüsselrolle. Die nachholende Industrialisierung und politische Transformation in den Staaten dieser Region setzte – wie übrigens in den letzten 250 Jahren auch in Europa – kulturell bedingte Konfliktpotentiale frei. Die geostrategischen Interessen des Westens sowie der Israel-Palästina-Konflikt trugen mit zur Radikalisierung der politischen Strömungen und zur Entstehung von Nationalismus und religiösem Fundamentalismus bei. Die offenen Grenzkonflikte und ethnischen Gegensätze, die aus dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der kolonialistischen Grenzziehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hervorgegangen sind, kommen noch hinzu.

Die Verquickung vielfältiger interner territorialer, ethnischer, religiöser und politischer Konfliktformationen mit den externen ökonomischen und geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten und des Westens verwandelte den Mittleren und Nahen Osten buchstäblich in ein explosives Gemisch. Der Irak war bisher in drei große Kriege verwickelt: der 8 Jahre andauernde irakisch-iranische Krieg 1980 – 1988 (1. Golfkrieg), Krieg Irak-USA nach dem irakischen Überfall auf Kuwait 1990 (2. Golfkrieg) und der US-Krieg gegen den Irak 2003 (3. Golfkrieg). Im Irak tobt gegenwärtig ein Beinahe-Bürgerkrieg, dem Land droht die Spaltung in drei Teile. Die Schaffung eines Großkurdistan ist für die Kurden verständlicherweise verlockend. Daraus würde aber eine neue Kriegsfront in der Türkei und im Iran gegen die Kurden folgen. Israel hat bisher fünf Kriege gegen arabische Staaten geführt. Der Mittlere und Nahe Osten ist die Region mit den umfangreichsten Waffenimporten und Militärausgaben in der Dritten Welt. Seit vierzig Jahren befinden sich die Hauptkonfliktparteien im Zustand des regionalen Wettrüstens. Israel ist eine Atommacht und will ihre militärische Hegemonie nicht aus der Hand geben. Andere Staaten, wie der Iran, sind bestrebt, sich militärisch aufzurüsten und ebenfalls Atommacht zu werden.

Somit wachsen die Konfliktpotentiale von Tag zu Tag. Die bisherigen

Versuche, z. B. den Israel-Palästina-Konflikt zu bewältigen oder wenigstens zu entschärfen, haben zur Ausweitung und Vertiefung des Konflikts geführt. Die Erfahrungen zeigen, dass unilaterale Initiativen die Konflikte vertiefen, weil sie die legitimen Ziele und Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Konfliktpartei ausblenden. Auch selektive Initiativen führten zur regionalen Ausdehnung statt zur Lösung des Konflikts. Die Zeit ist dafür reif, endlich an einem tragfähigen Friedenskonzept für die gesamte Region zu arbeiten. Kofi Annan stellte vor seinem Ausscheiden aus dem Amt die aktuellen Konflikte im Mittleren und Nahen Osten in Zusammenhang. „Wir haben eine sehr beunruhigende Situation im gesamten Nahen Osten und wir müssen das als Ganzes sehen, nicht als einzelne Konflikte."[6] Eine friedliche Zukunft der Region könnte dagegen erreicht werden, wenn es gelänge, das selektiv-unilateralistische Vorgehen durch eine Strategie der gemeinsamen Sicherheit für alle Konfliktparteien im Mittleren und Nahen Osten zu ersetzen.[7] Im Folgenden soll die Grundlage dieser Alternative skizziert werden.

Die grundsätzlichen Konfliktstrukturen (Territorialstreitigkeiten, grenzüberschreitende Konflikte[8], Israel-Palästina- und Israel-Libanon-Konflikt) und die Tatsache der Regionalisierung der Konflikteskalation sprechen dafür, die Perspektive einer zusammenhängenden regionalen Strategie analog zum KSZE-Prozess ins Auge zu fassen. Dies setzt allerdings voraus, dass sie auch durch objektiv verifizierbare ökonomische, soziale und kulturelle Potentiale für langfristige Kooperation und gemeinsame Interessen unterstützt und getragen wird.

## Vielfältige Gemeinsamkeiten

Im Mittleren und Nahen Osten gibt es nicht nur Gegensätze, sondern auch viele Gemeinsamkeiten. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Potentiale aufgelistet, die belegen, dass sie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation in der Region beträchtlich sind und eine gute Grundlage auch für eine politische Kooperation darstellen.

*Ökonomische Kooperationspotentiale*. Möglich ist eine regionale Arbeitsteilung mit komparativen Kostenvorteilen für alle Beteiligten: durch Öl- und Gasexporte sowie petrochemische Produkten aus den Golfstaaten, gegen Agrarprodukte, Lebensmittel, Textilien, langlebige Konsumgüter, Industrieanlagen und High-Tech-Erzeugnisse aus dem Iran, der Türkei und Israel, wobei der Iran auf Grund seiner Größe, diverser Klimazonen und fossiler Reserven beide Produktgruppen zum Tausch bereitstellen könnte. Desweiteren könnten Potentiale für den regionalen Tourismus in allen Golfstaaten, allen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres, allen Anrainerstaaten des Mittelmeeres und Hochkulturstaaten mit antiken Sehenswürdigkeiten (Ägypten, Iran, Türkei, Jordanien, Syrien und alle kleinasiatischen

Staaten) durch gemeinsame Projekte erschlossen werden. Hinzu kommen die Ausweitung und Vertiefung gemeinsamer grenzüberschreitender Investitions- und Finanzierungsprojekte (wie z.B. gegenwärtig bei iranischen Investoren in Dubai und türkischen Investoren in zentralasiatischen Staaten). Sinnvoll und möglich ist der Ausbau von grenzüberschreitenden Infrastrukturanlagen (Eisenbahnnetz, regionale Wasserwege). Die Gründung einer regionalen Entwicklungsbank könnte die Abhängigkeit von multinationalen Finanzinstitutionen verringern und zur De-Zentralisierung dieser Institutionen beitragen. Möglich und sinnvoll wäre auch die Gründung von gemeinsamen Wirtschaftskommissionen als Keimzellen einer regionalen Wirtschaftsintegration nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

*Ressourcen- und Umweltschutz, Ausbau erneuerbarer Energiequellen.* Angesichts von nichtnachhaltiger Nutzung von Öl- und Gasquellen in allen Staaten im Persischen Golf bietet es sich an, gemeinsame Strategien zur nachhaltigen Nutzung von Öl- und Gasquellen zu entwickeln und dabei unterschiedliche Erfahrungen nutzbar zu machen. Zu nennen sind auch gemeinsame Investitionsprojekte zur Nutzung des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfes, ferner auch gemeinsame Projekte zur Nutzung regenerativer Energiepotentiale und zur Schaffung eines regionalen Stromnetzes. Besonders wichtig sind auch Strategien zur gemeinsamen Nutzung von knappen Wasserressourcen und Regelungen zur gerechten Verteilung von grenzüberschreitenden Gewässern. Auch hier können gemeinsame Kommissionen für die Koordinierung von Umweltschutz und Ressourcennutzung entstehen, die die institutionellen Grundlagen für die regionale Integration in diesem Bereich bilden.

*Soziale Projekte.* Die Region verfügt über erhebliche finanzielle und menschliche Ressourcen, um wichtige grenzüberschreitende soziale Projekte, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze in besonders benachteiligten Regionen, aber auch in Konfliktregionen wie Palästina und Kurdistan, die auf Grund ihrer permanenten Verwicklung in Kriege auf Ressourcenimport angewiesen sind, zu schaffen. Nur so können anstelle von Separatismus mit allen seinen gewaltsamen Folgen die Vorteile der Friedensperspektive durch Kooperation erlebbar gemacht und neuen Konflikten der Boden entzogen werden. Auch gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit und Analphabetismus verstärken die Identität und begünstigen die Kooperation in allen anderen Bereichen.

*Kultur und Bildung.* Alle Staaten im Mittleren und Nahen Osten haben gemeinsame kulturelle und religiöse Wurzeln. Es gibt zwar einen unbarmherzigen Konflikt zwischen islamischen Staaten und Israel, jedoch bisher

nicht zwischen Moslems und Juden. Immerhin lebten in allen Staaten der Region Juden mit Moslems jahrhundertelang friedlich zusammen. Antisemitismus im Sinne von Judenverfolgung oder Vernichtung ist, so wie wir ihn aus der europäischen Geschichte kennen, in den islamischen Ländern so gut wie unbekannt. Auch heute richtet sich die Feindschaft der Moslems ganz eindeutig gegen den Staat Israel, und zwar wegen dessen Besatzungspolitik, aber nicht gegen die Juden als religiöse Gemeinschaft. Die gemeinsame Geschichte – Perserreich, Arabisches Reich der Abbassiden, Osmanisches Reich, Iranischer Kulturkreis (Iran, Afghanistan, Kleinasiatische Staaten) – begünstigt das Verständnis von gemeinsam zu bewältigenden Modernisierungsproblemen und Zukunftsfragen. Die sprachliche Verwandtschaft (iranische Sprachgruppe, semitische Sprachgruppe, türkische Sprachgruppe) begünstigt ebenfalls den Kulturaustausch im jeweiligen Sprachkreis und die Bildung subregionaler Kulturzentren, z. B. die Gründung gemeinsamer Universitäten und Forschungseinrichtungen, in Kurdistan, in den Golf- und den Kaspischen Meer-Staaten, vielleicht irgendwann auch in Jerusalem. Dies gilt auch für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte, insbesondere den Jugendaustausch.

## Perspektiven für gemeinsame Sicherheit

Die traditionelle Vorstellung von Sicherheit durch Machtvermehrung, gestützt auf Hobbes Menschenbild („Der Mensch ist des Menschen Wolf") und auf Annahmen der „realistischen Schule", dass Misstrauen und Aggressionsbereitschaft der Staaten Naturkonstanten in den internationalen Beziehungen darstellen, hat einen entscheidenden Konstruktionsfehler. Ungeachtet der Frage, ob die Annahmen dieser Schule begründet sind, geht sie analog zur merkantilistischen Lehre der Ökonomie von einem Nullsummenspiel als Ergebnis von zwischenstaatlichen Beziehungen aus: Mehr Sicherheit und mehr Wohlstand von A beruht auf weniger Sicherheit und weniger Wohlstand von B. Dieses Denken legitimierte mitunter den Kolonialismus und Imperialismus in den letzten Jahrhunderten und forcierte die beiden Weltkriege sowie das nukleare Wettrüsten in der Ära des Kalten Krieges.

Demgegenüber steht Kants Idee des Friedens durch Kooperation, die analog zur klassischen Idee des Freihandels für alle Beteiligten mehr Wohlstand und auch mehr Sicherheit in Aussicht stellt, und zwar durch Herstellung eines dauerhaften Friedens. Das Ergebnis der Handlungen, die aus der Philosophie des Friedens durch Kooperation hervorgehen, folgt der Logik des Plussummenspiels: Mehr Sicherheit und mehr Wohlstand für A bedingt auch mehr Sicherheit und mehr Wohlstand für B. Die Integration der ehemals verfeindeten europäischen Staaten in die Europäische Union beruhte auf dieser Philosophie. Trotz aller noch bestehenden Defi-

zite im Bereich sozialer Gerechtigkeit, der Partizipation und der sozialen Sicherheit schuf die EU-Integration eine nachhaltige Grundlage für ökonomische und politische Kooperation zum Vorteil aller beteiligten Staaten und - was von größerer Bedeutung ist – auch zur Verbannung des Krieges.

Die Europäische Union entstand unmittelbar aus der Intention der ökonomischen Kooperation derjenigen europäischen Staaten mit annähernd gleichen Wirtschaftssystemen, gleichem Lebensstandard und identischen kulturellen Werten. Ihr gegenwärtiges Sicherheitssystem wuchs organisch aus der ökonomischen Vernetzung heraus. *Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* entstand jedoch auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation, und zwar aus dem normativen Bedürfnis unterschiedlicher ökonomischer Systeme und kultureller Erfahrungen unterschiedlicher politischer Systeme, um die Feindschaft zwischen westlichen und östlichen Staaten durch die Idee der *gemeinsamen Sicherheit* abzubauen, das Wettrüsten in einen Abrüstungsprozess umzukehren und langfristig ohne Gewaltanwendung die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

*Gemeinsame Sicherheit* ist ein Sicherheitssystem für Staaten unterschiedlicher Kulturen und Lebensstandards, das erlaubt, ein Maximum an Sicherheit durch ein Minimum an Aufwand zu erzielen. Sie beruht auf dem *Ausschluss des konfrontativen Verhaltens, der formalen und auch faktischen Gleichheit aller Mitgliedsstaaten und der Möglichkeit der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kooperation*. KSZE wurde 1976 in Helsinki gegründet und 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überführt. Ihr gehören heute 55 Staaten an. Dies sind alle europäischen Staaten sowie USA und Kanada an (vgl. Zellner 2004). OSZE schließt geographisch den gesamten Raum zwischen „Vancouver und Wladiwostok" ein. Zwar hat die Abrüstung, ein einschneidendes Ziel der OSZE in Europa, nur begrenzte Fortschritte gemacht, das Wettrüsten wurde jedoch vorerst gestoppt und die in den 1980er Jahren aufgestellten gefährlichen Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa wurden wieder abgebaut. Die KSZE hat entscheidend zum „Wandel durch Annäherung" zwischen den west- und osteuropäischen Staaten und zur Demokratisierung in Osteuropa beigetragen.

Die Staaten des Mittleren und Nahen Ostens können nicht nach europäischem Muster unmittelbar mit der ökonomischen Integration beginnen, dazu sind ihre ökonomischen Systeme, ihr Lebensstandard und ihre kulturellen Erfahrungen viel zu verschieden. Sie können jedoch sehr wohl dem Weg der *gemeinsamen Sicherheit* folgen, den Europa beschritten hat. Dieser Weg ist auch dringend geboten, weil alle beteiligten Staaten der Region daraus mittel- und langfristig für sich Vorteile ziehen und darüber hinaus dadurch auch die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden herstellen könnten. Dies gilt nicht zuletzt auch für Israel.

## KSZMNO jetzt und ohne Vorbedingungen

Die Idee einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten, ein wichtiger Baustein der gemeinsamen Sicherheit für die Region, ist über vierzig Jahre alt. Doch scheiterten alle bisherigen Initiativen an den Vorbedingungen der Konfliktparteien, erst den Nahostkonflikt beizulegen, selbstverständlich im Sinne der jeweils maximalistischen Interessen. Will man nicht auf ein Wunder warten, das verhindert, dass die Region zusammen mit Israel in den Abgrund stürzt, dann bliebe keine andere Wahl, als die Konfliktformationen in ihrer Gesamtheit anzupacken und im Rahmen einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit einzubringen. Dazu müsste sie umgehend und ohne Vorbedingungen ins Leben gerufen werden. KSZMNO darf nicht als letzter Schritt, auch nicht als zweiter, sondern muss als allererster Schritt in Betracht gezogen werden. Es kommt darauf an, eine Wende – weg vom alten Geist der Selektion, der Spaltung, der Bildung von Konfliktallianzen und hin zum neuen Geist der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation – herbeizuführen. Das konkrete Ziel der Konferenz müsste darin bestehen, einen neuen Rahmen zu schaffen, der es allen Staaten im Mittleren und Nahen Osten ermöglicht, sich auf den Weg zu einem Dialog für gemeinsame Sicherheit und Kooperation zu begeben.

Die Bereitschaft zum Dialog ist die einzige akzeptable Bedingung für den Konferenzbeginn. Konfliktparteien, die Vorbedingungen stellen, schließen sich selbst vorerst aus. Die Konferenz müsste selbst mit einer kleineren Zahl von willigen Konfliktparteien begonnen werden. Allein der Konferenzbeginn könnte eine Dynamik in Gang setzen, der zu entziehen sich auf Dauer auch hartnäckige Verweigerer nicht werden leisten können.

Die Haupttätigkeit der Konferenz müsste zunächst darin bestehen, analog zur KSZE, allerdings angepasst an die Bedingungen in der Region, Schritte zu vertrauensbildenden Maßnahmen einzuleiten, Konfliktfelder aufzulisten, sie so zu sortieren, dass die Perspektive der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation für alle beteiligten Staaten nachvollziehbarer wird und die gewünschte Dynamik erzeugt, um alle Staaten der Region in das Projekt zu integrieren. Vieles könnte in 10 oder 15 Jahren tatsächlich erreicht werden, was aus heutiger Sicht als utopisch erscheinen mag. Jedes Verschieben des Beginns einer KSZMNO wäre daher eine Entscheidung für weitere Konflikte und Kriege, die dann unvermeidlich kommen würden.

## Kreis der Teilnehmerstaaten

Grundsätzlich sollte es dem Konferenzprozess überlassen bleiben, wann und welcher Staat der Region sich diesem Prozess anschließt. Aufgrund

zusammenhängender Konfliktstrukturen, der kulturellen Relevanz, der Ressourcenausstattung und der geographischen Lage muss grundsätzlich zwischen Staaten im Kern und in der Peripherie des Großraums Mittlerer und Naher Osten unterschieden werden. Zu den Kernstaaten gehören Ägypten, Israel, künftiger Palästinenserstaat, Jordanien, Syrien, die Türkei, Irak, Iran, Saudi Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, Vereinigte arabische Staaten und Oman. Die peripheren Staaten sind im Norden und Osten alle zentralasiatische Staaten, sofern sie sich der Konferenz anschließen wollen, sowie Afghanistan. Hinzu kommen im Westen die mediterranen arabischen Staaten Marokko, Tunesien, Libyen und Algerien. Somit kann die KSZMNO langfristig den gesamten Raum zwischen Nordafrika und Pakistan von West nach Ost und zwischen dem Schwarzen Meer und dem Kaukasus bis zum Indischen Ozean von Nord nach Süd einschließen. Der Erfolg der KSZMNO hängt fundamental davon ab, mittel- und langfristig alle Kernstaaten (erste Gruppe) auf jeden Fall in den Konferenzprozess einzubeziehen. Andernfalls muss damit gerechnet werden, dass entweder Teilkonflikte – beispielsweise die Kurdistanfrage, im Falle, dass die Türkei sich der Integration in die KSZMNO verweigert – fortbestehen oder aber auch die Kooperationspotentiale nicht hinreichend effizient genutzt werden. Gleichwohl muss die Option für die Kooperation mit den peripheren Staaten (zweite Gruppe) offenbleiben.

Eine genauso wichtige Frage ist, welche Staaten an KSZMNO ein prinzipielles Interesse hätten und welchen Staat bzw. welche Staatengruppe die Initiative für die KSZMNO ergreifen könnte. Dass die Initiative zu allererst in der Region selbst entstehen und in Gang kommen sollte, liegt auf der Hand. Gibt es aber Staaten bzw. Staatengruppen aus der Region, die die Vorreiterrolle übernehmen wollen und auch können? Diese Frage bedarf näherer Erläuterung: Die Staaten, die im Rahmen einer KSZMNO an Macht verlieren, dürften aller Wahrscheinlichkeit nach als Vorreiter ausscheiden. Dazu gehört Israel, solange dort die zionistische Ideologie, die nach wie vor die Schaffung Großisraels propagiert, dominiert. Dazu gehören auch die vordemokratischen Eliten, vor allem in Saudi Arabien, die es vorerst vorziehen, die Absicherung ihrer Herrschaft durch eine Allianz mit den USA zu erreichen und diese über die Interessen ihrer Völker und über die gemeinsame regionale Sicherheit zu stellen.

Demgegenüber kann davon ausgegangen werden, dass die meisten kleineren Staaten im Golfkooperationsrat (GCC), darüber hinaus auch Libanon, Jordanien, Syrien, aber auch Ägypten und Iran, möglicherweise auch die Türkei, zu den Befürwortern einer KSZMNO gezählt werden können, da sie in dieser Perspektive eine höhere Sicherheit für sich prognostizieren dürften, als sie gegenwärtig haben. Der Iran würde aller Wahrscheinlichkeit nach erst im Rahmen einer regionalen Sicherheitskonferenz sich dazu durchringen können, die Urananreicherung zu stoppen. Trotz objektiver Interessen ist es vorerst schwer vorstellbar, dass die

letztgenannten Staaten aufgrund aktueller Konflikte und Machtallianzen um die Achse Iran-Syrien einerseits und Ägypten-Saudi Arabien andererseits in der Lage sein könnten die Vorreiterrolle zu übernehmen, um alsbald die Konferenz einzuberufen, so dass trotz prinzipieller Nachteile die Initiative sinnvollerweise von außerhalb der Region kommen müsste.

## KSZE/OSZE und KSZMNO – die Unterschiede

Die KSZE ist sicherlich ein Vorbild für eine KSZMNO, aber nicht eins zu eins übertragbar. Die Ausgangsbedingungen und Interessen der Konfliktparteien in einem wichtigen Zusammenhang sehr verschieden. Die Parteien im Ost-West-Konflikt, Westeuropa und USA einerseits, und Osteuropa und Sowjetunion andererseits, verfolgten komplementäre Ziele. Die östliche Seite erhoffte sich eine dauerhafte Anerkennung der territorialen Grenzen, die der zweite Weltkrieg hervorgerufen hatte. Sie war ferner daran interessiert, den Rüstungswettlauf zu begrenzen, um die durch Wettrüstung entstandenen ökonomischen Engpässe zu überwinden. Und schließlich hatte sie Interesse daran, eine Lockerung westlicher Handelsbeschränkungen zu erreichen und ihren Zugang zu entwickelteren westlichen Technologien zu erleichtern. Die westliche Seite, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, verfolgte das Ziel, die Beziehungen zu Westberlin und Polen zu intensivieren und offene Fragen vertraglich zu regeln.

Darüber hinaus war Westeuropa insgesamt an einer Abrüstung der konventionellen Waffenarsenale der Sowjetunion interessiert, da diese Westeuropa gegenüber in diesem Bereich klar überlegen war. Dadurch sollten sowjetische Bedrohungspotentiale gegen Westeuropa abgebaut werden. Desweiteren und nicht zuletzt verfolgte der Westen das Ziel, mit der Strategie „Wandel durch Annäherung" die östliche Seite zur Erweiterung individueller Freiheiten und zu Zusicherungen hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten. Aufgrund dieser doch sehr unterschiedlichen sich ergänzenden beidseitigen Erwartungen war die KSZE von Anfang an auf die Perspektive von Geben und Nehmen in mindestens drei Bereichen angelegt: *Sicherheitspolitik, ökonomischer Austausch* und *Menschenrechte* (Tudyka 2002). Beide Seiten hatten ein Interesse, den KSZE-Prozess in der realistischen Erwartung voranzutreiben, um möglichst große Teile der eigenen Ziele durchzusetzen. Die östliche Seite ließ sich trotz anfänglichen Widerwillens schließlich auf die Verbesserung der Situation der Menschenrechte, die von der westlichen Seite besonders favorisiert wurde, ein, weil sie auf ihre eigenen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen besonderen Wert legte.

Bei der Perspektive einer KSZMNO sind die Interessen der Konfliktparteien nicht auf allen Gebieten komplementär. Der Iran und die arabischen Staaten müssten sich auf die Anerkennung Israels einlassen und dessen

Existenz auf Dauer garantieren. Als Gegenleistung müsste Israel sich endgültig auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und die Gründung eines lebensfähigen Palästinenserstaates nicht länger blockieren und diesen Staat dauerhaft an seinen Grenzen akzeptieren. Dann müsste es darum gehen, durch Abrüstung auf beiden Seiten, sowohl konventionell wie nuklear, die gemeinsame regionale Sicherheit aufzubauen. Der Iran, Saudi Arabien und andere ölreiche Staaten im Mittleren Osten sind allerdings, im Unterschied zu Osteuropa und der Sowjetunion, aufgrund ihrer Devisenüberschüsse, aber auch sonstiger vielfältiger Potentiale, nicht auf westliche Zugeständnisse und erst recht nicht auf Zugeständnisse von Israel angewiesen. Ganz im Gegenteil könnten hier Israel, Europa und auch die USA davon profitieren, dass Öl von den Ölstaaten im Mittleren Osten in Zukunft nicht als politische Waffe eingesetzt würde und dass die energiepolitische Sicherheit, die für alle Industriestaaten ein gewichtiges Ziel darstellt, auf Dauer garantiert wäre. Insofern gibt es hier keine glaubwürdige Handhabe, um von den mittelöstlichen Staaten im politischen Bereich, etwa bei den Menschenrechten, als Gegenleistung Zugeständnisse zu erwarten. Daher müssen alle politischen Fragen im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Prozessdynamik überlassen werden. Wer jedenfalls den Menschenrechtsfragen erste Priorität für den Beginn von KSZMNO einräumt oder gar diese zur Bedingung aller anderen Fragen macht, der müsste wissen, dass er die KSZMNO dadurch verhindert.

## Anmerkungen

1 Vgl. dazu die aktuelle Spiegel-Titelgeschichte „Ende eines Zeitalters" vom 26. November 2007.

2 Über die Triebkräfte der US-Hegemonialmacht, vgl. Massarrat, 2006, S. 77 ff. Über Chaos als Strategie, vgl. Massarrat, 2007.

3 Ausführlicher dazu Massarrat, 2007a. Diese Einschätzung bleibt, ungeachtet der am 03.12.2007 veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme aller US-Geheimdienste, der Iran hätte sein nukleares Waffenprogramm seit 2003 völlig eingestellt, weiterhin aktuell. Zwar ist dadurch den Neocons für ihr Kriegsprojekt ein wichtiges Argument abhanden gekommen, weshalb die akute Kriegsgefahr deutlich abgenommen hat. Nichtsdestotrotz halten Bush und Cheney Iran weiterhin für die „größte Gefahr" und Israels Führung jene Stellungnahme der US-Geheimdienste für eine Finte.

4 Ausführliche Darstellung der Ziele, Struktur und Erfahrungen vgl. Nohlen, 2002.

5 Dazu Altvater, 2006.

6 Frankfurter Rundschau vom 5. Dezember 2006.

7 Nicht zuletzt auch die Ende November 2007 in Annapolis tagende Nahostkonferenz, die durch die politische Dominanz der USA und den Ausschluss von Hamas, als Repräsentant eines Teils des palästinensischen Volkes, die Spaltung in Palästina eher zementieren und den Nahost-Frieden weiter hinausschieben dürfte.

8 Vgl. beispielsweise den Plan des dem Pentagon nahestehenden US-Militärtheoretikers Ralph Peters im Armed Forces Journal 06/2006, der eine radikale Neuaufteilung der Staaten im Mittleren und Nahen Osten nach ethnischen Grenzziehungen, „Blood Borders", vorschlägt.

## Literatur


Altvater, Elmar, 2006: Lateinamerikanisches Pipelineistan. In: Freitag Nr. 27/28

Brzoska, Michael/Neuneck, Götz, 2006: Verhandlungen und andere Optionen im Atomstreit mit dem Iran. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 4

Jones, Peter, 1998: Towards a Regional Security Regime fort he Middle East: Issues and Options. SIPRI, Stockholm

Levy, Gideon, 2006: Das Rätsel Amerika. In: Haaretz vom 8. Oktober

Massarrat, Mohssen, 2006: Im Libanon prallen auch Israel und Iran aufeinander. In: Frankfurter Rundschau vom 23. August

Massarrat, Mohssen, 2006a: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen. Hamburg

Massarrat Mohssen, 2007: Militärindustrieller Komplex und strukturelles Chaos. In: Graswurzelrevolution, Februar

Massarrat, Mohssen, 2007a: Stopp den Wahnsinn. In: Freitag Nr. 38, 21. September

Mützenich, Rolf, 2004: Ein Mittlerer Osten ohne Massenvernichtungswaffen – Von der Utopie zum Konzept. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 4

Nohlen, Dieter (Hrsg.), 2002: Lexikon Dritte Welt. Hamburg

Peters, Ralf, 2006: Blood Borders. In: Armed Forces Journal 06

Perthes, Volker, 2004: Bewegung im Mittleren Osten. In: SWP-Studie, September

Wieczorek-Zeul, Heidemarie, 2005: Friedensperspektiven für Nahost. In: Frankfurter Rundschau vom 5. August

Tudyka, Kurt P., 2002: Das OSZE-Handbuch. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok. Opladen

Zellner, Wolfgang, 2004: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In: Rinke, Bernhard/Woyke, Wichard, 2004: Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Opladen



**Buchhandlung am Helvetiaplatz**

**Stauffacherstrasse 60**
**8026 Zürich 4**
**Telefon 044 241 42 32**
**Telefax 044 291 07 25**
**www.helvetiabuch.ch**
**info@helvetiabuch.ch**

**Politik und Literatur** von > Autonomie bis > Zwangsneurose